



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP

zu „Die Menschen mit steigenden Energiepreisen nicht allein lassen“ (Drucksache 19/3562)

### **Steigende Energiepreise entschlossen bekämpfen**

Der-Landtag wolle beschließen:

Der Landtag nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass die aktuelle Energiepreisentwicklung kleine und mittelständische Unternehmen, vor allem aber einkommensschwache Haushalte und Empfängerinnen und Empfänger von Transferleistungen in hohem Maße belastet. Daher begrüßt der Landtag die Gesetzesinitiative der Koalitionspartner im Bund, einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger als Zuschuss zu den steigenden Heizkosten zu zahlen. Mieterinnen und Mieter, die aufgrund von Sanierungsversäumnisse der Wohnungseigentümerinnen und -eigentümer eine höhere Belastung durch Heizkosten zu erwarten haben, sollen nicht alleine gelassen werden. Die von der Bundesregierung geplante Aufteilung des CO<sub>2</sub>-Preises kann hierzu eine wichtige Entlastung schaffen.

Wir appellieren an die Energieversorger, in dieser für viele Bürgerinnen und Bürgern von Unsicherheiten und teilweise existenziellen Nöten geprägten Zeit, das Instrument der Strom- und Erdgassperren bei Haushalten, nur äußerst restriktiv zur Anwendung zu bringen. Ziel ist es, dass in Haushalten in denen Kinder und Jugendliche leben, Strom- und Erdgassperren nicht stattfinden.

Der Landtag bittet die Landesregierung, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, die von der Bundesregierung bereits kommunizierten Entlastungen schnellstmöglich gesetzlich umzusetzen, sodass die hieraus erwachsenen Entlastungsleistungen sehr zeitnah ausgezahlt werden können.

Zudem bittet der Landtag die Landesregierung, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- dem Beispiel Schleswig-Holsteins zu folgen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland schneller voranzutreiben, um bis zum vollständigen

Erreichen der Energiewende weitgehend unabhängig von fossilen Energie-Importen zu werden,

- dass die im Koalitionsvertrag vorgesehene finanzielle Entlastungen der Bevölkerung – wie beispielsweise die auch aus anderen Gründen sinnvolle Absenkung der EEG-Umlage auf Null – vorgezogen werden,
- dass die Netzentgelte künftig fair verteilt werden und Energiesteuern für einen Übergangszeitraum reduziert werden,
- die bestehenden Rahmenbedingungen für Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Vermeidung von Strom- und Gassperren daraufhin zu überprüfen, ob weitergehende Schutzmechanismen zur Vermeidung solcher Sperren sozialpolitisch notwendig und geboten sind.
- dass die Regelsätze für Haushaltsenergie für alle Bezieher existenzsichernder Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch und dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch kurzfristig überprüft und ggf. angepasst werden,
- für eine Verbesserung der Möglichkeiten der Aufsichtsbehörde, insbesondere der Bundesnetzagentur regulierend tätig zu werden und die bereits vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten dabei auszuschöpfen um dafür Sorge zu tragen, dass Energieanbieter die sich stark am Spotmarkt bedienen, ihren Verpflichtungen nachkommen.
- dass die Einführung von Standards für Energielieferanten geprüft wird, die die Verlässlichkeit von Energieanbietern sicherstellen.
- sozial- und wettbewerbsverträgliche Energiepreise im Bundesgebiet sicherzustellen, welche weder sozialschwache Haushalte, noch die heimische Wirtschaft überfordern.

### **Begründung:**

Steigende Energiepreise können mit sozialen Härten einhergehen. Ein aktueller Blick auf die europäischen Strom-, Gas- und Ölpreise zeigt, dass mit einem teuren Winter zu rechnen ist. Dies hat finanzielle Folgen für Verbraucherinnen und Verbraucher sowie Unternehmen. Vor allem Menschen mit geringen Einkommen, mit kleinen Renten oder Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen und Wohngeld können weitere Preissteigerungen nicht mehr stemmen. Ebenso sind energieintensive Unternehmen von besonderen Härten betroffen.

Die Bundesregierung plant einen Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfängerinnen und -empfänger als Zuschuss zu den steigenden Heizkosten. Dies ist ein wichtiger Beitrag, um kurzfristig eine finanzielle Entlastung zu erreichen.

Wir benötigen insbesondere den schnellen Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland, dem Vorbild Schleswig-Holsteins folgend, damit wir unabhängiger von Preiserhöhungen bei Gas und Rohöl werden. Erneuerbare Energien sind in der Produktion wesentlich günstiger als fossile oder atomare Energieproduktion. Die Lasten der Transformationskosten des Energiesystems müssen dabei sozialverträglich gestaltet werden.

Finanzielle Entlastungen im Design der Energiemärkte sollten vom Bund vorgezogen werden, um Härten für Betroffene abzumildern. Hierzu gehört auch ein Ende der Strompreisbasierten Finanzierung der EEG-Umlage. Für Immobilienbesitzerinnen und Immobilienbesitzer muss ein dauerhafter Anreiz gesetzt werden, auf CO<sub>2</sub>-neutrale Wärmeversorgung und Energieproduktion umzusteigen.

Zudem muss sich die Landesregierung weiter für verbesserte Rahmenbedingungen bei Stromsperrern einsetzen: Der für Stromsperrern gesetzlich festgelegte Schwellenwert des Zahlungsverzugs muss an die Strompreisentwicklung angepasst und moderat erhöht werden. Auch muss der Bund prüfen, ob Stromsperrern in den Wintermonaten untersagt werden können, um negative gesundheitliche Folgen abzumildern.

Der starke Anstieg der Kosten für Haushaltsenergie ist in der derzeitigen Regelsatzbemessung für Bezieher von Transferleistungen (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Arbeitslosengeld II) nicht berücksichtigt. Der Bundesgesetzgeber darf hier nicht auf die reguläre Fortschreibung der Regelbedarfsstufen warten.

Immer wieder kommt es zu einseitigen Kündigungen von Stromlieferverträgen durch den Anbieter aufgrund von Preissteigerungen auf dem Markt. Der Bund muss die Liberalisierung des Strommarktes dahingehend überprüfen, ob regulatorische Maßnahmen hier zu verlässlicheren Vertragsverhältnissen führen können.

Lukas Kilian  
und Fraktion

Bernd Voß  
und Fraktion

Oliver Kumbartzky  
und Fraktion